

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Infrate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 28. März. [Norddeutscher Reichstag.] Abg. Ahlmann (Gleichenburg) beantragte, daß bei Interpellationen Seitens nichtdeutscher Reichstags-Mitglieder die Unterstützung anderer Mitglieder nicht in der vorgeschriebenen Anzahl erforderlich sein solle. Ein Antrag des Abg. Bönne (Breslau), betr. die Abänderung der Geschäfts-Ordnung (wonach ein Mitglied, welches ein Amendement eingebracht hat, wenn es bei der Berathung nicht zu Worte gekommen ist, noch 5 Minuten soll sprechen können, um das Amendement zu erläutern), wurde nach längerer Debatte mit 128 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Norddeutscher Reichstag.

20. Sitzung am 27. März 1867.

Die Tribünen sind gefüllt. In der Mittelloge der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Nicolaus von Nassau, später der Kronprinz von Preußen, der Großherzog von Weimar, der Großherzog von Baden und seine Gemahlin. Es folgt die Berathung über den Verf.-Entwurf. Die Art. 13, 14, 15, die von der Stellung des Präsidiums zum Bundesrath, der Verfassung, Eröffnung, Vertagung und Schließung desselben handeln, werden ohne Discussion genehmigt.

Art. 16 lautet: „Der Bundeskanzler kann sich in Leitung der Geschäfte durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“ Es liegen zu demselben folgende Amendements vor: 1) vom Abg. Pasker: „Der Bundeskanzler kann sich in Leitung der Geschäfte im Bundesrath u. s. w.“ 2) vom Abg. v. Bennigsen: „in Leitung der Geschäfte des Bundesrathes.“ Hierzu sind heute drei neue Amendements gekommen, welche den gestern durch die Schlussabstimmung gefallenen Art. 12 mit den dazu gestellten Amendements wieder ersetzen sollen: 1) vom Abg. Graf Bethusy-Huc: „Dem Art. 16 folgende Fassung zu geben: „Der Vorsitz im Bundesrath und die Leitung der Geschäfte steht dem Bundeskanzler zu, welcher vom Präsidium zu ernennen ist. Derselbe kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.“ 2) vom Abg. Pasker: Dem Präsidium steht es zu, für einzelne Zweige der Verwaltung besondere Commissarien zu ernennen, welche nach Maßgabe des erhaltenen Auftrages den Bundeskanzler vertreten; 3) vom Abg. v. Bennigsen: Das Präsidium ernannt ferner die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, die zu seiner Competenz gehören.

Die Abg. Pasker und Waldeck erklären, daß der Antrag Bethusy-Huc eine vollständige Wiederherstellung des Art. 12 ist, der gestern abgelehnt sei. Es sei unzulässig, über Anträge, die bereits abgelehnt seien, eine nochmalige Entscheidung herbeizuführen. Die preuß. Verfassung verbiete es. In der Geschäftsordnung sei keine Bestimmung darüber, daß Haus müsse also entscheiden. Präsident Simson ist der Meinung, daß keine positive Bestimmung vorhanden sei, welche den Antrag Bethusy-Huc für unzulässig erkläre. Die preuß. Verfassung könne hier nicht maßgebend sein. — Bei der Abstimmung erklärt sich die Majorität (bestehend aus den Conservativen, Altliberalen und einem Theil der National-Liberalen) für die Zulässigkeit des Antrages.

Abg. v. Blandenburg: Das Amendement Bennigsen bezweckt, daß der Bundespräsident das Recht haben soll, die Vorstände der Verwaltungszweige, welche zur Competenz des Präsidiums gehören, zu ernennen. Durch Ihren Beschluß, vor dessen Annahme Graf Bismarck so eindringlich gewarnt hat, gehören auch die directen Steuern zur Competenz des Bundes; der Bundespräsident würde also auch die Finanz-Minister für die Einzelstaaten ernennen; dadurch wird aber die ganze innere Verwaltung diesen Staaten entzogen, die Regierungen also förmlich mediatisirt. Die Annahme eines solchen Antrages macht aber das Zustandekommen des Verfassungswerks unmöglich. Ich bitte Sie deshalb, nur das Amendement Bethusy-Huc anzunehmen, welches den Art. 12 seinem Inhalte und Wesen nach wiedergibt, die übrigen aber abzulehnen. Heizen wir die parlamentarische Lokomotive nicht mit so vielen Amendements, sonst platzt sie und dies ist nicht zum Heile Preußens und Deutschlands. — Ich verstehe wohl die Opposition jener Herren (nach links deutend). Aber wenn die National-Liberalen, die sich mit solcher Wärme für das Zustandekommen der Bundesverfassung ausgesprochen haben, mit solchen Amendements kommen, deren Annahme für Preußen unmöglich ist, wenn es nicht die Vertragstreue brechen will — was Gott verhüten möge —, dann bin ich wirklich besorgt für die Zukunft. Ich muß dringend bitten, von diesem Wege abzulassen. Haben Sie sich denn auch die Folgen überlegt, wenn durch die Schuld des Reichstages die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht zu Stande kommt? Ich habe in meinem parlamentarischen Leben häufig Perspektiven eröffnet; für die, welche mich noch nicht kennen, will ich nur sagen, es waren die Warnungen des getreuen Eckardt (Gelächter); ja, Sie werden mir wohl nicht trauen, wenn ich sage: Ich bin der getreue Eckardt und für Aufrechterhaltung der wahren Freiheit. (Gelächter.) Ich wünsche und will, daß eine Verfassung zu Stande kommt mit einem parlamentarischen Körper. Wenn dies nicht geschieht, so ist es nicht unsere Schuld. Wir unserer Seite haben alle Anträge vermieden, welche das Zustandekommen der Verfassung gefährden könnten. Thun Sie dies auch. Die kleinen Regierungen können nicht mehr beschränkt werden in der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Der König von Preußen hat seine Schuldigkeit gethan, die Armee hat ihre Schuldigkeit gethan, die kleinen Fürsten haben ihre Schuldigkeit gethan, jetzt liegt es an uns, gleichfalls unsere Schuldigkeit zu thun. Ich bitte, ich warne, ich beschwöre Sie, verlassen Sie den Weg der Amen-

dements (Widerspruch links; Abg. v. Vinde-Hagen ruft: Ja! ja! ja!) und schreiten Sie zur en bloc Annahme (bestimmter Widerspruch links). Haben Sie so wenig Glauben an Ihre eigenen Principien, an das allgemeine Wahlrecht, daß Ihnen dasselbe später nicht noch zum Siege verhelfen wird? Lassen Sie jetzt das alte Parteigezänk bei Seite und schaffen Sie erst ein einiges Deutschland. Blicken Sie auf uns; gehen wir Ihnen nicht mit gutem Beispiel voran? (Gelächter.) Wir, die wir als Ultra-Preußen so verkehrt worden, haben doch z. B. für Art. 11 gestimmt, wo es heißt: „Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu,“ obwohl es Manchen wohl schwer geworden sein mag, indem ihre Anschauung von dem Königthum verletzt worden durch den Ausdruck „Präsident.“ (Schallendes Gelächter.) Der Adler Preußens ist geflogen vom Fels zum Meer; an uns ist es zu entscheiden, ob der Adler künftig fliegen soll vom Meer zum Fels als ruhiger Friedensschirmer; von Ihrem Votum ist es abhängig, ob er in Zukunft nicht tragen soll das Eroberungsschwert, sondern das Schuttschwert. Warum sind Sie denn so sehr besorgt? Sie fürchten, daß durch die Bundesverfassung der Absolutismus eingeführt werde. (Ruf: Er ist schon da.) Die Geschichte der letzten Zeit giebt Ihnen doch keine Veranlassung dazu. (Gelächter.) Als 1848 die Nationalversammlung aufgelöst war und die Regierung alle Macht in Händen hatte, wurde die Verfassung octroyirt, welche die Nationalversammlung vorher beraten hatte. Auch im J. 1866 nach den großen Erfolgen propagierte man einen großen Rechtsbruch; statt dessen kam die Indemnität. In diesem Sommer hatte Preußen die Macht und wohl auch Veranlassung, die kleinen Fürsten alle zu beseitigen; es geschah nicht; man errichtete vielmehr den Bundesrath mit überwiegender Majorität für die kleinen Staaten. (Gelächter.) Beschließen wir mit ähnlicher Schnelligkeit, wie die Armee bei Königsgrätz gesiegt hat. Man wird den Beschluß verstehen in Paris und Wien, in München und Stuttgart; und auch das Volk wird freudig zustimmen. (Gelächter.) Vertrauen Sie auf die Zukunft und auf Ihre eigenen Principien, und bringen Sie es nicht dahin, daß Sie auf der parlamentarischen Waage des Landes gewogen und zu leicht gefunden werden. (Gelächter links, Beifall rechts.)

Abg. von Bennigsen: Den Vorwurf des Vorredners, daß wir durch das Amendement dem Zustandekommen des Verfassungswerkes ein Hinderniß bereiten wollten, lehne ich mit größter Entschiedenheit ab. Ich glaube, wir hätten es bis jetzt gezeigt, daß wir den ersten Willen haben, mitzuwirken, und ich bestreite es durchaus, daß der gestellte Antrag im Widerspruch damit steht. Wenn der Vorredner uns aber anempfiehlt, den Entwurf en bloc anzunehmen, so begreife ich wirklich nicht, wie er dem Reichstage eine solche Zustimmung machen kann; ich begreife es um so weniger nach den entgegenkommenden Erklärungen des Präsidenten der Bundes-Commissarien, wonach die Regierungen bereit sind, beim Budgetrecht u. Concessionen zu machen. — Mein Antrag hat durchaus nicht die Intention, die Bundesfürsten zu mediatisiren oder ihre Rechte einzuschränken; ich stelle mich durchaus auf den Boden der Vorlage. Wir wollen nur über die Art und Weise, wie diese Befugnisse ausgeübt werden, etwas mehr Klarheit in den Entwurf bringen. Die einzelnen Beamten, welche die Befugnisse ausüben, sollen gegenzeichnen und die Verantwortung übernehmen; und diese Beamten sind nicht, wie Herr v. Vinde meint, bloße Bureaubeamte, sondern die Verwaltungs-Chefs der einzelnen Zweige. Die preuß. Regierung hat vollständig freie Hand, zu Verwaltungs-Chefs zu ernennen Minister, oder höhere Beamte, oder Mitglieder des Bundesrathes; darüber wird ihr keine Vorschrift gemacht. Auch der Anteil, den die kleinen Staaten an der Exekutive nach der Verfassung noch haben, wird in keiner Weise beschränkt.

Graf v. Bismarck: Ich wende mich vorzugsweise nur an diejenigen unter uns, die, wie der Hr. Vorredner, den ersten Willen haben, auf der Basis der Vorlage etwas zu Stande zu bringen. Daß es deren unter uns giebt, die das nicht wollen, haben wir von der Tribüne gehört; ich verlege dadurch Niemand. Die erstgenannten Herren möchte ich aber doch bitten, mir eine Aufklärung zu geben über die Motive, ich möchte sagen ihres formalen Verhaltens. Anträge, die Sie stellen im Interesse der Erweiterung des präsidialen Einflusses der preuß. Monarchie, können doch nur zwei Voraussetzungen zum Grunde haben. Entweder sind Sie der Meinung, daß die preuß. Regierung nicht in der Lage oder nicht fähig gewesen, das richtige Maß dessen, was wir erreichen können, zu beurtheilen und, daß Sie besser in der Lage sind, dies zu beurtheilen. Ich kann diese Auffassung mit dem Vertrauen, was von so vielen verschiedenen Seiten auf die richtige Leitung der ausw. Angelegenheiten bisher ausgesprochen worden ist, nicht in Einklang bringen. Wir haben in sehr ernsten Zeiten, unter gefährvollen Kämpfen diese Sache so weit geführt, bis zu einem Punkte, dem Sie ihre volle Anerkennung gezollt haben. Nun spricht aus diesen Amendements aber doch die Ueberzeugung, wir hätten das entweder nicht erstrebt oder erreicht, was wir zur besseren Consolidirung hätten erstreben oder erreichen können, oder es ist etwas Anderes. Sie halten uns für schüchterne, verlegene Leute (Heiterkeit), die ermuntert werden müssen, damit sie sich entschließen das zu fordern, was sie im Grunde ihres Herzens eigentlich selbst wünschen. Ich kann Ihnen auf das bestimmteste erklären, daß dem nicht so ist. Wir haben uns die Grenze unserer Ansprüche an die Opfer der von den übrigen Regierungen zu bringen wären, dahin gestellt, wo ich sie schon öfter bezeichnet habe, in dem was uns unentbehrlich schien zur Führung eines nationalen Gemeinwesens. Der Hr. Vorredner hat uns nun gesagt, daß sein Amendement die Befugnisse der mit Preußen verbündeten Regierungen nicht beeinträchtigt. Darüber sind doch aber die Regierungen selbst die besten Richter. Innerhalb des Bundesrathes findet die Souveränität

einer jeden Regierung ihren unbestrittenen Ausdruck. Dort hat jede ihren Anteil an der Ernennung des gewissermaßen gemeinschaftlichen Ministeriums, welches, neben anderen Functionen, auch den Bundesrath bildet. Dieses Gefühl der unverletzten Souveränität, welches dort seine Anerkennung findet, kann nicht mehr bestehen neben einer contrasignirenden Bundesbehörde, die außerhalb des Bundesrathes aus preussischen oder anderen Beamten ernannt wird und es ist und bleibt eine capitis deminutio für die höchsten Behörden der andern Regierungen, wenn sie sich als Organe, gehorfsamleistende Organe einer vom Präsidium außerhalb des Bundesrathes ernannten höchsten Behörde in Zukunft ansehen sollten. Glauben Sie nicht, daß wir die Frage nicht erörtern haben, ob die übrigen Regierungen diesen Anflug von einer Verminderung ihrer Souveränität auf sich nehmen wollen? Wir haben über die Frage, ob die Ministerien der Einzelstaaten, namentlich die Kriegs- und Finanz-Ministerien u. s. w. bleiben würden, Wochen lang verhandelt. Unsere Arbeit ist keine leichte gewesen und Sie können leicht ermessen, mit welchem Eindruck wir hier Amendements hören, die von allem, was wir gethan und geleistet haben, abstrahiren, von dem in der Geschichte unerhörten Fall, daß die Regierungen von 30 Millionen Deutschen sich nicht bloß dem Wortlaute nach, wie bei der alten Bundesacte, sondern auch dem Geiste nach über einen solchen Entwurf geeinigt haben, keine Notiz nehmen. Ich möchte Sie doch bitten, den Einfluß der Regierungen, die Nothwendigkeit ihrer Mitwirkung beim Zustandekommen des Werkes, nicht zu unterschätzen. Wir kommen sonst auf denselben Weg, den wir 1848-1850 gewandelt sind, wo das Einverständnis der Regierungen fehlte. Wenn es sich nur darum handelt, Amendements zu stellen, so könnte ich selbst deren fünfzig einbringen. Sie haben nur den Fehler, daß sie früher bereits abgeworfen sind, oder von Hause aus keine Aussicht auf Annahme haben, oder daß sie nicht verstanden werden und die preussischen Bestrebungen verdächtigen könnten. Deshalb behalte ich Sie für mich, weil mir mehr am Zustandekommen des Ganzen, als am Durchsetzen einer persönlichen Meinung liegt. (Bravo!) Es sind bisher gegen 90 Amendements gestellt und ich kann hier versichern, daß bisher und zwar zum ersten Male vorgestern, ein einziger der Herren Amendementsteller, einer von der conservativen Seite, in der Nähe vertheilt, vorher, ehe er sein Amendement einbrachte, an mich die beiläufige Frage zu richten, wie denn die Regierung sich zu diesem Amendement stellen würde. Die übrigen Amendements sind in vollständiger und freiwilliger Unbekanntheit mit dem, was die Regierungen gewünscht, erstrebt und verhandelt haben, gestellt worden und ich kann in Bezug auf das vorliegende, dessen Tendenz uns vollständig klar ist, und welches ich von Neuem seit gestern Gelegenheit gehabt habe, mit den anwesenden Bundes-Commissarien zu besprechen, die Versicherung im Namen sämtlicher Regierungen wiederholen, daß dieses Amendement für sie vollständig unannehmbar ist und es das ernste Hinderniß für das Zustandekommen der Verfassung bilden würde.

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt sich gegen das Amendement v. Bennigsen, da dasselbe kaum etwas Anderes wolle, als die Einführung eines Reichsministeriums, wodurch die Souveränität der andern Staaten beschränkt wird. Ich halte zur Zeit ein Weitergehen nach dieser Richtung für unthunlich. Ich habe meinerseits von vielen Wünschen Abstand genommen. Auch die andern Parteien müssen von ihren Wünschen und Hoffnungen etwas opfern. Ich ermahne und bitte Sie, die That über die Reflexion den Sieg davon tragen zu lassen und kann nur auf das verweisen, daß für das Drängen nach deutscher Einheit, wenn das gegenwärtige Verfassungswerk scheitern sollte, dann nur noch zwei Wege offen bleiben, der des Absolutismus, oder der der Revolution.

Abg. Dr. Waldeck: Der Kern des Antrages v. Bennigsen ist die Verantwortlichkeit der einzelnen Verwaltungszweige. An dieser Verantwortlichkeit zeigt sich, ob ein Staat constitutionell oder absolut regiert wird, hier liegt auch die Grenze zwischen dem europäischen Absolutismus und dem asiatischen Regierungssystem. In Asien kann der Beamte machen was er will, in der europäischen absoluten Monarchie ist dies nie der Fall. Schon der Abg. v. Wächter hat hervorgehoben, daß die Ministerverantwortlichkeit als der größte Sieg bezeichnet werden muß, den die Civilisation errungen hat. Unser Entwurf, dessen en bloc Annahme uns Hr. v. Blandenburg so warm empfiehlt, muthet uns nun zu, in den allerwichtigsten Angelegenheiten dieses kostbare Gut von uns zu werfen und nicht das europäische, sondern asiatische Regierungssystem anzunehmen. (Heiterkeit rechts.) Lachen Sie darüber, m. H., ich will Ihnen noch mehr sagen, daß nämlich, wenn die Verantwortlichkeit nicht in den Verfassungs-Entwurf aufgenommen wird, nichts bleibt als ein römisches Imperatorenthum. Jener Bundesfeldherr, der ohne Ministerverantwortlichkeit das ganze Heerwesen leitet, ist der römische Imperator. Das ist es, worauf es ankommt, das ist es, welches das gestrige Votum der 125 gegen 125 Stimmen so bedeutsam gemacht hat, indem es darlegt, daß Europa doch noch mehr auf das preussische Volk zu rechnen hat, als man in letzter Zeit meinen zu dürfen glaubte. Jene 125 wollten ansprechen, daß nicht der Bundesfeldherr, nicht der Imperator, sondern der verfassungsmäßige König von Preußen an der Spitze des Bundes stehen soll. Wenn die deutschen Fürsten ihre Militärhoheit in die Hände der Krone Preußen legen, dann können sie unmöglich Interesse an den andern unerheblichen Dingen nehmen, und wenn sie ihr wahres Interesse zu Rathe ziehen, so liegt es darin, daß verfassungsmäßig und nicht nach Willkür verwaltet werde, daß die Spitze des Bundes eine constitutionelle. Das Wichtigste ist und bleibt also das, daß diejenigen Chefs, denen der König die Geschäfte der Bundesverwaltung überträgt, dem Bunde verantwortlich sind. Der Abg. v. Blandenburg empfiehlt uns die en bloc Annahme der Verfassung, wegen

der glorreichen Kriege des vergangenen Jahres. Nun, m. H., diese Siege haben doch an den ewigen Prinzipien des Rechts auch nicht ein Jota geändert. Man darf dem gegenüber wohl daran erinnern, daß der preussische Geist gerade an den Niederlagen zu Anfang des Jahrhunderts sich gekräftigt hat, daß aus ihnen die Nothwendigkeit erwuchs, ein verfassungsmäßiges Leben zu begründen und daß durch den späteren Aufschwung das Volk in Waffen sein Recht auf seine Constitution sich erkämpft hat. Die Herren auf der Rechten mögen den Absolutismus annehmlicher finden, unmöglich können sie aber verlangen, daß dieser Verfassungsentwurf dazu da sein soll, den Absolutismus verfassungsmäßig zu machen. Wenn uns die Resultate des allgemeinen Stimmrechts entgegengestellt werden, so sage ich, das allgemeine Stimmrecht ist im Princip ganz richtig, aber dasselbe setzt voraus eine freie Gemeinde-Verfassung, Freiheit des Vereinsrechts und der Presse, überhaupt ein freies Staatswesen. Geben Sie uns diese Voraussetzungen und Sie werden vielleicht andere Resultate des allgemeinen Stimmrechts zu verzeichnen haben. Wenn endlich Graf Bismarck das Amendement Bennisgen als unannehmbar bezeichnet, so müssen wir freilich abwarten, was nach einer Annahme des Amendements geschehen wird; wenn wir aber nur Vorschläge machen, welche unserer Ansicht nach das Interesse unserer Regierung wahren und den anderen Regierungen nur Rechte aufzugeben anmuthen, die im Vergleich zu den bereits aufgegebenen sehr gering sind, dann sagen wir: Wer sich dadurch abhalten läßt, das zu thun, was er für recht und wahr hält, der gehört nicht an diese Stelle. (Bravo links.)

Abg. v. Thielau erklärt sich gegen das Amendement v. Bennisgen. Der verantwortliche Bundeskanzler hebe das ganze preuß. Ministerium aus den Angeln. Er sei kein Feind der Verantwortlichkeit, aber die verantwortlichen Chefs von Verwaltungszweigen innerhalb der Kompetenz des Bundespräsidenten verstehe er nicht. Wenn überhaupt eine Verantwortlichkeit stattfinden soll, ist nur die des Chefs des preuß. Ministeriums oder des preuß. Ministeriums möglich. Streben Sie etwas Anderes an, als was Sie öffentlich eingestehen, nämlich den Einheitsstaat, dann sagen Sie es uns offen.

Abg. Pasler: Nach dem Bilde, welches sich der Hr. Vorredner von der Verfassung gemacht hat, muß ich es in der That als wünschenswerth bezeichnen, daß Graf Bismarck Gelegenheit nähme, sich darüber auszusprechen, ob wir nach Annahme des Verfassungsentwurfs in dem preuß. Kriegsministerium noch den verantwortlichen Minister für Alles, was im preuß. Heerwesen geschieht, zu sehen haben, ob der preuß. Finanzminister für jede Last, welche einem preuß. Staatsminister auferlegt wird, verantwortlich bleibt, oder ob in der Bundesgesetzgebung auch solche Anordnungen getroffen werden können, für welche diese Minister die Verantwortlichkeit nicht übernehmen. Ich habe bisher das Entgegengesetzte geglaubt. Wir scheinen von den Absichten der Regierung nicht genau unterrichtet gewesen zu sein, wenigstens ist das, was ich jetzt gehört habe, ganz geeignet, nach und nach meine früheren Vorstellungen von dem Verfassungsentwurf über den Haufen zu werfen. Graf Bismarck sagt uns, daß die ganze Verwaltung im Bundesrathe liege, und erklärt den Antrag Bennisgen, für die einzelnen Verwaltungszweige innerhalb der Kompetenz des Bundespräsidenten Vorstände zu ernennen, für unannehmbar, da die Verwaltung eben im Bundesrathe, nicht im Bundespräsidium liege. Das stimmt meiner Ansicht nach weder mit den Worten, noch mit dem Geiste der Verfassung. Ich wünsche also eine positive Erklärung über diese Punkte. Was den Einheitsstaat anbelangt, dem wir angeblich zutreiben sollen, so erkläre ich, daß ich Tendenzen, welche über den Bundesstaat hinausstreben, zurückweise. Ich begnüge mich damit, daß die kleinen Regierungen erkennen, wie sehr das Volk selbst nach dem Einheitsstaate strebt und eben nur in den kleinen Regierungen ein Hinderniß steht. In Fragen der Einheit habe ich zu dem Hrn. Grafen Bismarck volles Vertrauen, aber anders steht es mit den Fragen der Rechte und Freiheiten des Volks, die er ja einmal als nicht zu seinem Departement gehörig erklärt hat und für die er demnach weniger Interesse zu haben scheint. Wir suchen die Frage der Verantwortlichkeit aber nicht im unitarischen Interesse, sondern in dem des Rechts und der Freiheit zu verwerthen und wenn man dagegen Bedenken hegt, so würde dies nur beweisen, daß die Freiheit der Weg ist um zur Einheit zu gelangen. Die Befürchtung einer Disaffection der kleineren Staaten durch unsere Anträge begreife ich nicht. Den Vorständen soll ja bloß das zugewiesen werden, was der Kompetenz des Bundes bereits zugewiesen ist. Ihre Kompetenz wird demnach nicht beeinträchtigt. Daß die conservativen säß. Abg., die uns jeden Augenblick mit ihrer Opposition drohen, wenn ihre Sonderstellung nicht gesichert wird, gegen unsere Anträge Front machen, läßt sich wohl begreifen, wir aber, die wir ganz andere Zwecke und Ziele verfolgen, können uns dadurch nicht irre machen lassen und müssen unsere Anträge aufrecht erhalten. (Bravo links.)

Graf Bismarck spricht den Wunsch aus, daß diejenigen Herren, welche etwas zu Stande bringen wollten, sich vorher über ihre Amendements bei irgend einem der Commissarien erkundigten. Man würde dadurch eine Menge von Mißverständnissen und unter Umständen auch von mißverständlichen Abstimmungen vermeiden. — Ich kann — fährt Graf Bismarck fort — dem Herrn Vorredner nur versichern, daß ich in dem einen Theile, den er von der Rede des Hrn. v. Thielau reproduziert hat, wesentlich mit Herrn v. Thielau einverstanden bin. Der ganzen Rede bin ich, weil ich ein augenblicklich dringendes Geschäft schriftlich zu besorgen hatte, nicht im Stande gewesen zu folgen, aber darin bin ich mit denselben einverstanden, daß die Verantwortlichkeit der preuß. Ministerien genau dieselbe bleibt, wie vorher. Wenn ich die Berechtigung, entweder selbst Bundeskanzler zu sein oder denselben zu instruiren, in dem Sinn mißbrauchen wollte, daß meine gleich mir verantwortlichen und auf die Verfassung vereidigten preuß. Collegen mir sagten: „Wir können wir nicht folgen“, dann würde ich, da es unmöglich ist, daß ich denselben König und Herrn, der mich als preuß. Minister ernannt, in meiner Eigenschaft als Instruktor des Bundeskanzlers oder als Bundeskanzler, den Gehorsam aufkündigte, ich würde mich entweder der Majorität meiner Collegen im preuß. Ministerium zu fügen haben bei meinen Instruktionen an den Bundeskanzler, oder ich würde nach andern Collegen suchen müssen, die die Verantwortlichkeit für das Verhalten des Bundeskanzlers mit übernehmen. Daß in wichtigen Angelegenheiten z. B. bei neuen Gesetzen die preussische Stimme im Bundesrathe abgegeben würde, ohne die übrigen in Preußen verantwortlichen Ressortchefs zu fragen, ist nicht denkbar; nur könnte ich mir als auswärtiger Minister nicht gefallen lassen,

daß die mit dem Bundeskanzler zusammenstehenden Vertreter der übrigen Ressortchefs auch mit dem Rechte einer verantwortlichen Contrasignatur ausgestattet würden und dem Bundeskanzler sagen könnten: Dilem! Wotum stimmen wir nicht bei, denn es ist mit unserer Verantwortlichkeit nicht verträglich. Die Austragung dieses Streites über solche Fragen muß innerhalb des preussischen Ministeriums, wie es jetzt da ist, und muß außerhalb der Enceinte des Bundesrathes stattfinden. Daß daraus folge, daß in Preußen oder in jedem anderen Bundesstaate die gesetzliche Giltigkeit der Bundesgesetze noch einer besonderen Zustimmung bedürfe, das kann ich nicht zugeben, sie würden nach der Art, wie sie im Bundesrathe zu Stande kommen, getragen sein von der Verantwortung, die das preussische Ministerium dem preussischen Lande gegenüber hat, denn es ist, wie gesagt, undenkbar, daß das Verhalten des Bundeskanzlers dauernd und in wichtigen Fragen des Einverständnisses des preussischen Ministeriums entbehren könnte. Dies wäre nur denkbar in dem Falle, daß Preußen in der Minorität geblieben wäre, daß Preußen auch im Reichstage in der Minorität geblieben wäre, dann tritt allerdings möglicherweise ein Bundesgesetz in Kraft, für welches das preussische Ministerium nicht geneigt gewesen ist, die Verantwortung zu übernehmen, gegen welches es deshalb votirt hat; es würde aber dann von dieser Verantwortung gewissermaßen losgesprochen sein durch die preuß. Reichstags-Abgeordneten, die ihrerseits die Majorität für das Gesetz hergestellt hätten, trotz des Widerspruchs der preuß. Regierung, jedenfalls aber bliebe dann dem preuß. Ministerium übrig, wenn es sich nicht fügen will, durch das Präsidium eine Auflösung des Reichstages zu extrahiren. Ich glaube, das ist ein ganz regelmäßiges Spiel constitutioneller Einrichtungen und die Verantwortlichkeit für irgend etwas, was innerhalb des Bundes zu geschehen hat, wird gegen das, was jetzt davon vorhanden ist, in keiner Weise verändert. Dasselbe Raisonnement läßt sich auf die Ministerien der übrigen Bundesstaaten anwenden, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht dieselbe erhebliche Stimmenzahl, dieselbe Majorität von engeren Landesleuten in dem Reichstage haben, die ihnen die Chancen giebt, gerade ihre Meinung durchzubringen. Dadurch aber haben die verbündeten Regierungen meines Erachtens schon diejenigen Opfer gebracht, welche man rechtmäßigerweise von ihnen fordern darf. Der Herr Vorredner hat ferner mir zwar schmeichelhaftes Vertrauen für die auswärtige Politik, aber gemäßigtes Mißtrauen in Bezug auf meine Vorliebe für die Entwicklung der Volksfreiheit ausgesprochen. Er thut mir, glaube ich, in letzter Beziehung Unrecht. Ich habe niemals in meinem Leben gesagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich entgegenstellte, sondern nur gesagt und natürlich unter der Voraussetzung „rebus sic stantibus“: meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärkere, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortwährende, so daß ich, so viel ich kann, jedes Hinderniß durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Ueberzeugung des Hrn. Vorredners theile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, die Pflicht jeder ethischen Regierung ist. (Bravo links.)

Abg. Ellissen. (Für das Amendement Bennisgen). Der Reichstag sei dazu da, zu sagen, was das Volk bei einer Neugestaltung Deutschlands für nothwendig halte. (Redner ist bei der auf der rechten Seite herrschenden Unruhe fast ganz unverständlich.)

Abg. Schulze (Delig): Die Deduction der Abgg. v. Thielau und Onelt ist mir vollständig unbegreiflich, wenn sie sagen, man solle die Verantwortlichkeit nicht da suchen, wo sie nicht zu finden ist und daraus einen Grund entnehmen, die Verantwortlichkeit gar nicht zu constituiren. Der Hr. Ministerpräsident erklärt, daß die Regierungen nicht in der Lage seien, uns weitere Konzessionen zu machen. Wenn es wirklich wahr ist, daß das, was wir verlangen, den Bemühungen des Hrn. Ministerpräsidenten durchzusetzen nicht gelungen ist, wo steht denn das geschrieben, daß wir aus diesem Grunde von unserer Forderung absteigen müßten? Soll denn das Gewicht dieses Reichstages so gar nicht in die Waagschale fallen? So weit konnten die Regierungen doch in ihrer Vereinbarung nicht gehen, sich allen Veränderungen des Reichstages gegenüber ablehnend zu verhalten. Einen solchen Vertrag abschließen, wenn man den Reichstag einberief, dazu war man in keiner Weise in der Lage. Was heißt denn Vereinbarungsprinzip? Kann man uns sagen, ihr seid hier herbeigekommen, um den Entwurf en bloc anzunehmen, ihr habt Ja zu sagen und dann nach Hause zu gehen? Solche Stellung gebührt dem Reichstage nicht. Ich will auch das Zustandekommen der Verfassung; aber hierhergekommen bin ich nicht, um mitzuwirken, daß um jeden Preis irgend Etwas, gleichviel was, gleichviel ob noch so Verderbliches, gleichviel ob der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes noch so Widerstrebendes zu Stande kommt. (Bravo!) Dahin, m. H., mitzuwirken, daß so etwas zu Stande kommt, dafür müssen wir uns allerdings bedanken. (Bravo!) Man gebe uns die Garantie, die wir fordern müssen, daß nicht auch die Bundesgewalt in ihren Vollbefugnissen, die sie haben muß, übergreift in die einzelnen Staatswesen; wir wenigstens wollen nicht dazu mitgewirkt haben, daß das werthvolle Prinzip der Verantwortlichkeit auch in den einzelnen Staaten gefährdet werde. Eben weil unserm preuß. Verfassungsleben noch recht viel daran fehlt, daß die Dinge gehörig geordnet werden, wollen wir nicht durch Hinweglassen dieser Garantie aus der Bundesverfassung dazu mitwirken, daß wir diese Verantwortlichkeit in kürzerer oder längerer Zeit vielleicht auch aus unserer preussischen Verfassung verlieren! (Lebh. wiederholtes Bravo links.)

Abg. Miquel: Es ist mir, als mir der Entwurf zuerst zu Gesicht kam, nicht ganz leicht geworden, denselben nach seinen Tendenzen und seinem Inhalt zu beurtheilen. Nach der heutigen Erklärung aber des Hrn. Ministerpräsidenten bin ich nun vollständig dazu außer Stande. (Auf: Sehr richtig!) Mir scheint die heutige Erklärung, daß auch für diejenigen Gegenstände, die zur Kompetenz des Bundes gehören, die Minister der einzelnen Staaten den Volksvertretungen der einzelnen Staaten verantwortlich seien, den ganzen Bund illusorisch zu machen. Im Gebiete des Post-, des Telegraphen-, des Kriegswesens u. s. w. wird es nach dem Entwurf fortan nur Bundesbeamte geben. Diese Bundesbeamten sollen noch irgendwie von der preuß. Volksvertretung oder sonst einer anderen zur Verantwortung gezogen werden? Das ist ja unmöglich. Die preuß. Minister

wären bei derartigen Zumuthungen Seitens des preussischen Landtages in ihrem vollen Rechte, wenn sie erklärten: „Wir stehen Euch hier nicht als preussische Minister, sondern wir stehen Euch als Bundesminister gegenüber.“ Wenn trotzdem die Theorie des Hrn. Ministerpräsidenten richtig ist, so muß das um so mehr eine Mahnung für uns sein, sämtliche Beamte des Bundes verantwortlich zu machen. Wie sind im früheren deutschen Bunde die Verfassungen der einzelnen Staaten aus dem Wege geräumt worden? Durch das Mittel des Bundesstaates, der die Verantwortlichkeit nicht kannte. Ich werde mich — und ein Gleiches thun meine Freunde — sehr scheuen, Anträge zu stellen, die von der Beschaffenheit sind, daß die Regierungen dadurch in die Lage kommen, den ganzen Entwurf auf der Basis, auf der er einmal steht, nicht durchzuführen zu können. Denn wir freuen uns über die Ziele, die der Entwurf sich stellt, und wir halten denselben für verbesserungswürdig. Aber wir halten ihn auch für verbesserungsbedürftig. Denn so, wie er da ist, begründet er nicht nur die Einheit, sondern gefährdet zu gleicher Zeit die Freiheit. Und eine Regierung, die uns nur berufen hat, um „Ja“ zu sagen, die will nicht ethischen Beirath der Vertreter des Volkes, sondern die will bloß nach Außen hin den Schein einer Volksvertretung haben. Das können und dürfen wir aber von der preussischen Regierung nicht annehmen; wir müssen im Gegentheil erwarten und fordern, daß auch den Anträgen von unserer Seite die Regierung entgegenkomme. Nur so kann die Einheit zu Stande kommen. (Lebhafter Beifall.)

Graf Bismarck: Ich habe durch meine bisherigen Erklärungen nur constatirt, was auf der linken Hand liegt, daß an der vorhandenen Errungenschaft an Ministerverantwortlichkeit nichts geändert wird, so daß eine jede Regierung für ihre Abstimmung im Bundesrathe verantwortlich bleibt. Liegt darin etwas Neues, so beweist das nur, daß wir im Dunkeln tappen. Ich habe den einzigen Ausnahmefall hervorgehoben, den ich als einen factisch unwahrscheinlichen darstellte, wenn die preussische Regierung in der Minorität bleibt, und dafür das einzige Mittel angegeben, das in der Hand des Präsidenten liegt: die Auflösung. Ich frage: kann das etwas Neues gewesen sein? Es springt in die Augen, wenn man den Entwurf liest. Sie wollen darüber hinaus, eine neue Verantwortlichkeit, getragen von dem Bundeskanzler und seinen Collegen, eine neue Art verantwortlicher Organe schaffen, — und dem widerspreche ich im Namen der preuß. und der anderen Regierungen auf das Bestimmteste. Was der Herr Vorredner verlangt, ist nicht eine Ausbildung dieser Vorlage, sondern seine Auffassung, wie ich erst jetzt erkenne, widerspricht ihrem Grundprinzip. Er ist in seinem Recht, wenn er dagegen stimmt. Wir haben aber den Bloß bis zum Gipfel gerollt und mit tiefem, patriotischem Schmerze würden wir ihn wieder hinabgleiten sehen. Ich weise es zurück, wenn man uns, wie der Herr Vorredner es gethan hat, die Verantwortlichkeit für das Mißlingen ausludet. Sie bestehen auf Kleinlichen, untergeordneten Sachen, welche die Regierung nicht für annehmbar erklärt und welche die Sache zum Scheitern bringen. M. H., an Ihre Namen wird die Geschichte sich stets erinnern. (Bravo rechts.)

Abg. v. Sybel: Ich bin nicht der Meinung des Hrn. Abg. Miquel, daß die Erklärung des Grafen Bismarck, es werde die Verantwortlichkeit der Minister auch über Bundesangelegenheiten den einzelnen Staaten gegenüber fortbauern, in Widerspruch mit der ganzen Sachlage sich befindet. Ich finde im Gegentheil, daß wir diese Erklärung beifalls annehmen haben. Diese Bundesverfassung wird jetzt ein integrierender Theil der einzelnen Landesverfassungen werden. Aber dies Verhältniß scheint mir eine Anarchie und deswegen kann ich nur für den Antrag v. Bennisgen stimmen. Ich gebe meine Stimme ab mit guter, redlicher Ueberzeugung, mit vollständiger Kenntniß der Tragweite, die ein solcher Beschluß haben wird. Und wenn der Hr. Ministerpräsident auf das Forum der Geschichte verwiesen hat für diejenigen, die heute in diesem Sinne ihr Votum abgeben, so habe ich dagegen nichts zu erinnern, und ich acceptire gern im Voraus das Urtheil, das über die heutigen Votanten von der Nachwelt gefällt werden wird. (Bravo.)

Abg. v. Bennisgen: Ich glaube, daß es im Stadium der Vorberatung nicht wohlgeboten ist, sich schon jetzt gegenständig die Schuld aufzubürden für das etwaige Nichtzustandekommen der Verfassung (Bravo!). Das Bedürfnis, zu einem Abschluß zu gelangen, muß eben so stark vorhanden sein bei den Männern der Regierungen und namentlich bei den Vertretern der preussischen Regierung. Ich glaube, Hr. Graf Bismarck hat meinen Antrag nicht richtig verstanden. Die preussische Regierung wird dadurch in keiner Weise gebunden. Sie kann nach meinem Antrage, wenn sie will, die übrigen Minister zu Chefs der einzelnen Verwaltungszweige ernennen, sie kann speziell hohe Beamte der Ministerien als Bundesbeamte anstellen, und diese sollen durch Unterzeichnung der einzelnen Erlasse die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Ich weiß nicht, was dem entgegenstehen kann. Ich glaube daher nicht, daß die Annahme dieses Antrages wesentlich die Grundlage des Entwurfs alterirt, und bitte Sie deshalb nach wie vor, für denselben zu stimmen. (Beifall.)

Nachdem der Abgeordnete Pasler sein Amendement zu Gunsten des ersten Bennisgenschen Amendements zurückgezogen und das erste B. Amendement abgelehnt ist, wird der Bennisgensche Zusatz: („Das Präsidium ernannt ferner die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige, die zu seiner Kompetenz gehören“) in namentlicher Abstimmung mit 140 gegen 124 Stimmen abgelehnt. (Die Abstimmung, die mit außerordentlicher Spannung vom ganzen Hause verfolgt wird, ergiebt, daß die Fractionen fast geschlossen stimmen. Gegen den Zusatzantrag stimmen mit der Rechten, der freien conservativen Vereinigung und den Altliberalen die Abg. Schraps und Bebel, Graf Dührn, Dr. v. Gerber, Meißner und v. Rothschild. Graf Schwerin ist abwesend. Für ihn stimmen mit der Linken und der nationalen Fraction die anwesenden Polen Kantel und Donimirski, v. Wächter, v. Bruner, Präst. Simson, Thissen, v. Mallindrodt und die ehemaligen hannoverschen Minister.) — Darauf wird das Amendement Pasler zu Art. 16 abgelehnt und darauf der Antrag des Grafen Bethusy-Huc angenommen. Damit ist der Art. 16 erledigt, da die Fassung des Reg. Entwurfs in diesem Antrage mitgehalten ist. — Art. 17 wird ohne Diskussion genehmigt.

Zu Art. 18 („Dem Präsidium steht die Ausfertigung und Verkündigung der Bundesgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu. Die hiernach von dem Präsi-

im ausgehenden Anordnungen werden im Namen des Bundes erlassen und von dem Bundeskanzler mit unterzeichnet. Hat Abg. v. Saenger beantragte, den zweiten Satz zu streichen und statt dessen nach Art. 19 einen besonderen Artikel einzuschalten, lautend: „Die Anordnungen und Verfügungen des Bundes-Präsidenten werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt.“ Ferner beantragte der Abg. v. Bennigsen, den zweiten Satz des Art. 18 zu streichen und statt dessen nach Art. 19 einen besonderen Artikel einzuschalten, lautend: Die Anordnungen und Verfügungen des Bundes-Präsidenten werden im Namen des Bundes erlassen, und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Durch ein besonderes Gesetz werden die Verantwortlichkeit und das zur Geltendmachung derselben einhaltende Verfahren geregelt. — Abg. v. Saenger warnt vor der Aufnahme von Gesetzesvorbehalten in die Verfassung. Abg. v. Bennigsen beruft sich darauf, daß der zweite Theil seines Antrages der preussischen Verfassung entnommen ist. Der erste Satz des Bennigsen'schen Antrages wird fast einstimmig angenommen und damit der Antrag Saenger's erledigt, der zweite Satz des Bennigsen'schen Antrages (betr. den Erlaß eines besonderen Ministerverantwortlichkeitsgesetzes) wird abgelehnt, und endlich der Art. 18 mit der Bennigsen'schen Einschaltung fast einstimmig genehmigt. — Art. 19 und Art. 20 werden ohne Discussion genehmigt. Vor Vertagung der Verhandlungen wird noch über einen Antrag des Abg. Michaelis berathen, welcher die Abschnitte über das Eisenbahngesetz einer Commission von 12 Mitgliedern zur Vorprüfung (mit den Bundescommissarien gemeinschaftlich) überweisen will. Die Abgg. Michaelis, Brauns und Meier (Bremen) empfehlen den Antrag im Interesse der Beschleunigung der Arbeiten, da hier Änderungen erwünscht seien und dieselbe sich mit den Bundescommissarien leichter verständigen könne. Der Abg. v. Vinde (Hagen) ist gegen den Antrag Michaelis. Derselbe wird abgelehnt. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Politische Uebersicht.
Der „Schles. Bzg.“ wird aus Wien geschrieben: „Die Mittheilung eines Ihrer hiesigen Correspondenten über militärische Vorkehrungen kann ich dahin bestätigen, daß Ueberläufer schon seit Wochen eingezogen wurden und daß die Einberufungen immer noch andauern. Obschon man dabei die Vorsicht gebraucht, nur sehr allmählig zu verfahren, so läßt sich der fortschreitenden Thatsache doch kaum ein Dementi entgegenstellen.“
Die Luxemburgische Angelegenheit tritt immer mehr in den Vordergrund. Das zwischen Frankreich und Holland darüber verhandelt wird, ist ungewiss. Man behauptet sogar, daß der Verkauf an Frankreich bereits eine abgemachte Sache sei.

Parlamentarische Nachrichten.
Mit Bestimmtheit verlautet, eine größere Zahl von Mitgliedern der freien conservativen Vereinigung werde gegen den Anschluß der Beamten von dem definitiven Reichstage stimmen.
* Berlin. Andeutungen der „Karl. Bzg.“ zufolge wäre es nicht ganz unwahrscheinlich, daß Minister v. Roggenbach in den preussischen Staatsdienst zur Uebernahme einer hervorragenden Stellung eintrete.

Danzig, den 28. März.
* In der heute abgehaltenen Sitzung der Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft constituirte sich das Collegium wie folgt: 1) zum Vorsitzender Hr. Commerzienrath Goldschmidt, 2) zum ersten Beisitzer Hr. Commerzienrath v. Frangius, 3) zum zweiten Beisitzer Hr. Commerzienrath Bischoff, 4) zu Vize-Commissarien die Herren Bischoff und Stoddart, 5) zu deren Stellvertretern die Herren Commerzienrath Mir und Polowski, 6) zu Hofencommissarien die Herren Comm. Rath Albrecht und Gibbons, 7) zum Pachthofcommissarius: Hr. Rosenzweig, 8) zu Curatoren der Handelsabtheilung die Herren Goldschmidt, v. Frangius und Stoddart, und 9) zu Commissarien für den Viehhof und die Kloppeiwiese die Herren Albrecht und Dammie.
* In der am 27. d. zur Vernahme der Ergänzungswahlen für die in diesem Jahr ausscheidenden Mitglieder des Aeltesten-Collegii abgehaltenen Generalversammlung der Corporation der Kaufmannschaft erstattete zuvörderst der Vorsitzende, Herr Commerzienrath Goldschmidt, Bericht über die Thätigkeit der Aeltesten, sowie über die Verwaltung und Lage des Corporations-Vermögens im Jahre 1866. Hinsichtlich der wichtigeren Angelegenheiten, welche das Collegium im verfloffenen Jahre beschäftigt haben, konnte auf den Jahresbericht verwiesen werden. Die Corporation besteht gegenwärtig aus 256 Mitgliedern. In der Corporationsliste ist als 1866 ein Bestand von 1757 Ag. 25 Ag. verbleibend, mit welchem das Vermögen der Corporation 35,895 Ag. 10 Ag. beträgt. Corporationsbeiträge werden voraussichtlich in diesem Jahre, falls nicht unvorhergesehene größere Ausgaben nöthig werden sollten, nicht erhoben werden. — Bei der hiezu folgenden Wahl wurden wiedergewählt die Herren George Mir, Otto Robert Hermann Reischow, John Syrat Stoddart und John Gibbons zu Stellvertretern; neu gewählt wurde Herr Johann Heinrich Paleske als Stellvertreter.

* Stadtverordneten-Versammlung v. 26. März. (Schluß des Referats des Hrn. Dammie betr. den Hauptetat pr. 1867.) Gegen 1854 haben sich die Einnahmen wie folgt geändert. Vermietungen, Verpachtungen, Handelsanstalten ergaben damals netto 29,000 Ag., werden jetzt angenommen mit 54,000 Ag., — die Forsten brachten damals 13,000 Ag. Einnahmen, gegen 70,000 Ag. Ausgaben, jetzt kosten sie nach Heranziehung der Dünen in diesem Verwaltungszweig 17,000 Ag. Ausgaben, gegen 20,000 Ag. Einnahmen, — die Verwaltung der Gräben, der Ströme und des Strandes brachte 1854 (abgesehen von einer außergewöhnlichen Ausgabe für Deichbauten) netto 10,000 Ag., jetzt nur 5000 Ag., — die Renten und die Zinsen von Capitalvermögen trugen damals 50,000 Ag. ein, jetzt wegen anderweitiger Veranlagung von Capital in Bauten, welche Miethsausgaben ersparen lassen, nur 35,000 Ag., — von den Steuern haben sich gehoben: die persönlichen (trotz Wegfalls des Einzugsgebüses und Verminderung der früheren 2700 Ag. Hausstandsgeld auf jetzige 1700 Ag. Bürgerrechtsgeld) von 62,000 auf 88,000 Ag., — die Realgebühren, incl. Wohnungssteuer von 31,000 auf 45,000 Ag., endlich die Consumtionssteuern, trotz Wegfalls der Brennmaterialien-

steuer von 64,000 auf 91,000 Ag., — der Vermehrung des Kaufschaffes von 7000 auf 10,000 Ag. steht gegenüber der gänzliche Wegfall des Scheffelgebüses, welches 1854 5000 Ag., 1861 sogar 20,000 Ag. eingebracht hat. Diese Veränderungen gegen einander balancirt ergeben 67,000 Ag. Mehreinnahmen aus diesen Verwaltungszweigen. — Die Ausgaben stellen sich in den beiden Vergleichsjahren wie folgt: Die allgemeine Verwaltung erforderte 1854 nur 38,000 Ag., jetzt durch die bedeutende Vermehrung der Geschäfte und die nach der Vertheuerung des Lebensunterhaltes nothwendig gewordene Aufbesserung der Gehälter 23,000 Ag. mehr, nämlich 61,000 Ag., wobei die Pensionen allein sich von 4600 Ag. auf 8500 Ag. gehoben haben; — die Straßen, Märkte und Wege brachten damals noch 1000 Ag. Nettoeinnahmen, jetzt nach Wegfall des Pflastergebüses, nach Einführung der Trottoirreinigung, und durch die jährlich auf etwa 3000 Ag. zu veranschlagende Beseitigung von Vorbauten u. s. w. kostet dieser Verwaltungszweig einen jährlichen Zuschuß von 12,000 Ag. — Die erheblichsten Mehrausgaben auf Polizeibedürfnisse stellen sich auf 13,000 Ag., beim Feuerlöschwesen (von 4000 auf 17,000 Ag. gewachsen), 7000 Ag. bei der Nachtwache (früher 10,000, jetzt 17,000 Ag.), 3000 Ag. bei der Straßenreinigung (früher 10,000 Ag., jetzt netto 13,000 Ag.), 6000 Ag. bei der Straßenbeleuchtung (anstatt 9000 jetzt 15,000 Ag.), Alles vermehrungen, von denen die nothwendig gewordenen Heranziehung der Vorstädte in die städtische Verwaltung mit Schuld trägt; — das Schulwesen hat wesentliche Mehrausgaben erfordert; 10,000 Ag. bei den höheren Anstalten (früher 11,000 Ag., jetzt 21,000 Ag. Zuschuß), 3000 Ag. bei den Mittelschulen (früher 1000 Ag., jetzt 4000 Ag. Zuschuß), 15,000 Ag. bei den Volksschulen, (damals 12,000 Ag., jetzt 27,000 Ag. Zuschuß), bei diversen Schulen endlich, ganz abgesehen von dem Neubau der Gewerbeschule, 2000 Ag. (früher 1000 Ag., jetzt 3000 Ag. Ausgaben); endlich erforderte das Armenwesen in 1854 nur 67,000 Ag., pro 1867 nach dem Etat aber 92,000 Thlr. Zuschuß. Die Gesamtheit der wirklich große Fortschritte repräsentirenden Mehrausgaben macht 129,000 Thlr. Wenn denselben die Verbesserung der Einnahmen nur mit 67,000 Thlr. gegenübersteht, so kann dieser Zustand natürlich nicht ertragen werden. Die Etats-Commission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß in den Ausgaben eine Einschränkung nicht möglich ist, insofern die bisherigen Leistungen der Commune beibehalten werden. Sie deutet beispielsweise darauf hin, ob die höheren Schulen, deren Verhaltung nicht gesetzliche Pflicht der Commune ist, nicht mit einem geringeren Zuschuß abgefunden, also die Schulgelder erhöht werden können; sie hält die Etablierung eines größeren Arbeitshauses für dringend geboten, um wenigstens das Mögliche zu thun, damit der steten Vermehrung des Armenetats Einhalt geschehe. Jedenfalls hält die Commission es für dringend geboten und empfiehlt den Communalbehörden, eine Commission einzusetzen, um die Frage wegen Herabsetzung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. — Was das Deficit anlangt, zu dessen Deckung der Magistrat die Erhebung der 3. Communalsteuerrate für dieses Jahr vorschlägt, so ist im Allgemeinen zu bemerken, daß solche Deficits entstehen können durch Vorausleistungen für die Zukunft, durch Nachleistungen für die Vergangenheit, durch vorübergehende oder dauernde Veränderung der Verhältnisse. Würde das Deficit in größeren Vorausleistungen sich begründen, so wäre es durch eine allmählig zu amortisirende Anleihe oder Entnahme aus den Capitalbeständen zu decken. Bei der Winzigkeit des Betrages von 13,000 Thlr. für außerordentliche Vorausleistungen empfiehlt es sich aber nicht, diesen Weg einzuschlagen; ein paar Procent ihres Etats sollte eine Commune wie Danzig leicht zu solchen einmaligen Leistungen aufwenden können, ohne gleich zu Anleihen bei sich oder Andern schreiten zu dürfen. Ueberdies werden über kurz oder lang die wichtigsten Fragen der verbesserten Wasserleitung, der Beseitigung der Trümmen u. s. w. an die Stadt treten, und es dürfte gerathen sein, die Capitalien der Stadt für diese großen Dinge zu versparen. Daß solche Capitalreserven in gewöhnlichen Zeiten nur unwirtschaftlich wirken, dürfte anerkannt sein; daß sie aber (insofern sie nicht nach Art des Staatschates baar daliegen) in ungewöhnlichen Zeiten erst recht nicht zu verwerthen sind, hat die jüngste Erfahrung bewiesen, wo man mit dem Kassen voll Capitalien dennoch zur Vermeidung horrenden Concessverlustes eine Anleihe contrahiren mußte. Demnach scheint es bei unseren Verhältnissen geboten, unsere Reserven für die angeführten Zwecke möglichst zu schonen. — Die Verhältnisse, welche zu dem Deficit führten, sind sowohl dauernder wie vorübergehender Natur; in der Hauptsache aber ist nicht zu verkennen, daß die unsern diesjährigen Etat besonders schwer belastende außergewöhnliche Schuldentilgung auf nachträgliche Leistungen für die Vergangenheit hinausläuft. Das Jahr 1866 erforderte in Folge des Krieges: 4200 Ag. Verlust an Pferden, 6500 Ag. für die Landwehrfrauen, 5700 Ag. Anerkennungsgeschenk und Entlohnung der Trippen, 4000 Ag. Vergütung der Kriegsschuld; — in Folge der Cholera: 2700 Ag. Zuschuß für Desinfectionen, mindestens 6000 Ag. für vergrößerte Armenpflege, — ferner in Folge von Hemmungen des Verkehrs: 5700 Ag. Mindereinnahmen von der Mahl- und Schlachtfleischer, 2000 Ag. von den Stromgeldern; diese Beträge ergeben zusammen 36,800 Ag. Es charakterisirt sich daher die projectirte 3te Rate als eine Steuer für den Krieg und die Cholera-Epidemie und ihr Betrag ist füglich durch eine vorübergehende Erhöhung bestehender Steuern aufzubringen. Als directe Abgaben bieten sich dar: 1) der Communalzuschlag von 50 % zur Staats-, Grund- und Gebäude-Steuer; diesen vorübergehend zu erhöhen, erscheint ungerecht, weil eine Abwälzung auf die Benutzer der Grundstücke unmöglich, die Steuer also allein von den Grundbesitzern zu tragen wäre; — 2) die Wohnungssteuer. Diese von 2 1/2 % auf 7 1/2 % zu erhöhen, wäre freilich hart, aber vielleicht am gerechtesten. Wenn man aber billig berücksichtigt, daß die erwerbslose Zeit auf den Minderbemittelten noch unverhältnismäßig stärker als auf den Begüterten gedrückt hat, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es den augenblicklichen Verhältnissen am besten entspricht: 3) die Communalsteuer vom Einkommen mit einem Zuschlage zu belegen. Daß dieser bei der völlig das Maß aller Billigkeit überschreitenden Progression der geltenden Scala höchst lästig ist, kann nicht in Zweifel kommen, dennoch erscheint er als das relativ Rätlichste und wird deshalb nach dem Vorschlage des Magistrats empfohlen. — Hr. J. C. Krüger beantragt Vertagung der Beschlusfassung, weil der Antrag auf Steuererhöhung nicht aus der Tagesordnung hervorgehe, doch zieht er seinen Antrag zurück, nachdem erwähnt worden ist, daß der betr. Antrag schon im November v. J. mit dem Etatsentwurf eingebracht wurde. Die Herren Goldschmidt, Roepell, Klein, Steffens, Gibbons empfehlen gleichfalls die Anträge der Commission, welche demnach mit allen gegen etwa 2 Stimmen zum Beschluß erhoben werden.

*** Das zweite Auftreten des Hrn. Ködert in „Stille Wasser sind tief“ findet Freitag statt. Da unsere besten Bühnenkräfte mitwirken, wird das hübsche Lustspiel bestens zur Geltung kommen.
* Traject über die Welsche! Bei Terespol. Culm per Bahn nur bei Tage; bei Warlubien-Graben per Bahn nur bei Tage; bei Gernwin-Marienwerder unterbrochen.

Vorrede des Danziger Zeitung.
Berlin, 28. März. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min.
Angelommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Waren	Preis	Waren	Preis
Woggen anmirt, loco	56 1/2	Woggen 3 1/2 % Pfand	78
März	56 1/2	Woggen 4 1/2 % do.	77
Frühjahr	56 1/2	Woggen 5 1/2 % do.	84 1/2
März	11 1/2	Woggen 6 1/2 % do.	110 1/2
Frühjahr	11 1/2	Woggen 7 1/2 % do.	109 1/2
Woggen März	17 1/2	Woggen 8 1/2 % do.	55 1/2
Woggen März	103 1/2	Woggen 9 1/2 % do.	81 1/2
Woggen März	100	Woggen 10 1/2 % do.	111 1/2
Woggen März	83 1/2	Woggen 11 1/2 % do.	78 1/2
Woggen März	83 1/2	Woggen 12 1/2 % do.	623 1/2

* Leith, 27. März. (Cochrane, Paterson u. Co.) Wochen-Import in Tons: 1099 Weizen, 320 Gerste, 206 Bohnen, 348 Erbsen, 2930 Sack Mehl. Weizen alter und schöner neuer völli behauptet, geringere Qualitäten vermindert, Gerste flau, Hafer billiger, Bohnen und Erbsen unverändert, Mehl billiger.

Danziger Börse.
Amtliche Notirungen am 28. März 1867.
Weizen Nr. 5100 Ag. Bollgewicht, ordin. und stark ausgewachsen 117/8 Ag. 480; weniger ausgewachsen 122/3 Ag. 535; 123 Ag. 565; gesund bunt 124 Ag. 580-585; gesund, hell und feinhunt 126-130 Ag. 600-620; gesund, hochbunt und weiß 127/8-130 1/4 Ag. 625-645.
Auf Lieferung 127/8 Ag. bunt Nr. Frühjahr Ag. 600.
Woggen Nr. 4910 Ag., frischer 119-127 Ag. 351-376.
Auf Lieferung April-Mai 122 Ag. 350.
Erbsen Nr. 5400 Ag., Futter Ag. 348-354; Kocherbsen Ag. 390.
Spiritus, Nr. 8000 Ag. Tr., 16 1/2 Ag.
Wechsel- und Fondscourse. Paris 4 Mon. 80 Ag. Dr. Westph. Pfandbriefe 4 1/2 Ag. 55 Ag. Dr. Westph. Pfandbriefe 4 1/2 Ag. 94 Ag. Staats-Anleihe 5 Ag. 104 Ag.
Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 28. März. Bahnreise.
Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23-125/27-128/29 Ag. von 78/85/90-93/95-96/97 Ag.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28-129/30-131/32 Ag. von 98/100-102/104-105/107 Ag. Nr. 85 Ag.
Woggen 120-122-124-126 Ag. von 59-60-61-62 Ag. Nr. 81 Ag.
Erbsen 57/60-62/64 Ag. Nr. 90 Ag.
Gerste, kleine 98/100-103/4-105/6-108 Ag. von 46/47-48/50-51/52-53 Ag. Nr. 105/108-110/112-115 Ag. von 51/52-53/54-55 Ag.
Hafer 30-32 Ag. Nr. 50 Ag.
Spiritus 16 1/2 Ag. Nr. 8000 Ag. Tr.

Wetter: schön. Wind: SW.
Weizen heute in flauer Stimmung, Preise billiger, Kauflust fehlte. Umlag 60 Kasten. Bunt 121/2 Ag. 545, 123, 125 Ag. 560, 565, 580, 585, 595, 126 Ag. 600, hellbunt 126/7 Ag. 610, 127/8, 128 Ag. 620, 625, 129/30 Ag. 630, roth 130 Ag. 607 1/2, 131 2 Ag. 615, hochbunt 130/1 Ag. 645 Nr. 5100 Ag. — Roggen fest, 119 Ag. 351, 120/1 Ag. 354, 121/2 Ag. 357, 127 Ag. 375 Nr. 4910 Ag.; Umlag 20 Kasten. — Weiße Erbsen Ag. 354 Nr. 5400 Ag. — Spiritus 16 1/2 Ag.

Handelsnotizen.
Herrn Ködert in Danzig

Waren	Preis	Waren	Preis
Woggen	333,78	Woggen	62
Woggen	331,40	Woggen	22
Woggen	330,40	Woggen	66

Die Vernunft verlangt, daß man die Gesundheit mehr als Alles beachte, und in Rücksicht darauf wählt Jeder sein Bedürfnis an Nahrungsmitteln dort, wo er keinen Zweifel hat, daß sie sich für Erhaltung resp. Herstellung der Gesundheit eignen.
Jeder weiß, wie wichtig sich in Bezug auf die Sanität sowohl das hiesige Malzextract-Gesundheitsbier als die hiesige Malz-Gesundheitschokolade und Brustmalzbonbons gezeigt, daß sie als Nahrungsmittel von vielen Aerzten anerkannt wurden und sogar amtlich, nach erlangtem ärztlichen Bericht, das Prädikat „ausgezeichnet“ ausgesprochen wurde. Daher das stürmische Verlangen darnach und die Manifestation der glänzenden Erfolge, wie in folgenden Zeilen: Herr Hoflieferant Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstraße 1. Greifswald, 4. Januar 1867. Seit einer Reihe von Jahren an den hartnäckigsten Magen- und Unterleibs-Beschwerden leidend, wurde ich am letzten Viertel des verfloffenen Jahres bestiger als je heimgesucht. Fast an einer Besserung verzweifeln suchte ich Hilfe bei Ihrem viel empfohlenen, aber niemals genug zu empfehlenden Fabrikate, dessen herrlichen Wirkungen ich allein die günstige Veränderung, die in meiner Krankheit eingetreten, zuschreiben muß. Einen weiteren Gebrauch hält der Arzt sehr wünschenswerth (wird vom behandelnden Arzt schriftlich bestätigt). W. Conrad. — Esontig bei Glevierfahr auf Rügen, 4. Januar 1867. Ihre jetzt allgemein anerkannten vortrefflichen Heilmittel haben sich auch im Kreise meiner Bekanntschaft ausgezeichnet bewährt (wiederholte Bestellung). von Dyke, Rittergutsbesitzer. — St. Petersburg, 18. November 1866. Das hiesige Malzextract-Gesundheitsbier hat einen überaus erfreulichen Erfolg bei meinen Kranken gehabt, nicht minder die Chokoladen-Präparate (Malz-Gesundheitschokolade und Chokoladenpulver) deren Wirkung eine auffallend schnelle und erfreuliche war. Dr. Siminowitsch, Oberarzt. — Schwirfen bei Zikmar, 4. Januar 1867. E. W. bitte ich, mir umgehend wieder von Ihrem schönen Malzextract-Gesundheitsbier zuzuführen. R. Gräfin von Wartenberg. — Die Ueberzeugung dieser Aussagen ist ein leuchtender Schmelz für sämtliche hiesige Malzfabrikate (Malzextract-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheitschokolade, Malz-Chokoladenpulver, Brustmalz-Zucker und dergl. Bonbons), deren Erhebung nicht vom Fabrikanten, sondern von einem sehr hochachtbaren Publikum ausgeht, und darum eine wahre ist.
Von den weltberühmten patentirten und von Kaiserin und Königin anerkannten Johann Hoff'schen Malz-Fabrikaten: Malz-Extract-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheitschokolade, Malz-Gesundheitschokoladenpulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons, Bademalz etc., halten stets Lager:
Die General-Niederlage bei A. Faust, Langenmarkt 34, F. E. Gossing, Heiligegeistgasse 47, und J. v. Portschallengasse-Edel No. 14 in Danzig und J. Stelter in Preuß. Stargardt. [6096]

Meine Verlobung mit Fräulein Marie
Fische beehre mich hiermit ergebenst anzu-
zeigen (10382)
Eduard Lepzin.
Danzig, den 28. März 1867.

Die seit herigen Abonnements auf Zeitschriften bitten wir für das nächste Quartal zu erneuern, neu hinzutretende rechtzeitig anzumelden.
Kladderadatsch, Leipz. illust. Zeitung,
Heber Land und Meer, Gartenlaube,
Grenzboten, Signale etc. etc.
werden den geehrten Bestellern bereits
Sonntags, in den Mittagsstunden,
somit früher als auf jedem andern Wege, ohne
Preiserhöhung ins Haus geschickt.

E. Doubberck,
Buch- und Kunsthandlung.
(10365) Langgasse 35.

Med. Dr. Borchardt's
Kräuter-Seife
in Orig.-Päckchen à 6 Sgr.
zur Verschönerung des Teints
und erprobt gegen alle Hautunreinheiten,
so wie mit besonderem Nutzen geeignet
zu Bädern jeder Art.

Dr. Suin de Boutemard's
ZAHN-PASTA
in 1/2 u. 1/4 Päckchen à 12 u. 6 Sgr.
das billigste, bequemste und
zuverlässigste Erhaltungsmittel der Zähne
und des Zahnfleisches.

Prof. Dr. Linde's
vegetab. Stangen-Pomade
à Original-Stück 7 1/2 Sgr.
erhöht den Glanz und die Elasticität der
Haare und eignet sich gleichzeitig zum
Festhalten der Scheitel.

Apotheker Sperati's
italien. Honig-Seife
in Orig.-Päckchen à 5 u. 2 1/2 Sgr.
als ein mildes, wirksames tägliches
Waschmittel, selbst für die zarteste
Haut von Damen u. Kindern angelegentlich
empfohlen.

Dr. Hartung's
Chinarinden-Oel
aus einer Abkochung der besten
Chinarinde mit balsamischen
Oelen, zur Conservirung und
Verschönerung der Haare.
(à 10 Sgr.)

Dr. Hartung's
Kräuter-Pomade
aus äurenden, nahrhaften
Säften und Pflanzen-
ingredienzien, zur Wieder-
erweckung und Bele-
bung des Haarwuchses.
(à 10 Sgr.)

Unter Garantie der Aechtheit
für Danzig zu den Fabrikpreisen vor-
rätig bei:
W. F. Burau, Langgasse 39, so
wie für Dirschau: W. Czarnowski,
Elbing: Fr. Hornig, Marienburg:
C. Gerlach, Neustadt: H. Brand-
enburg und für Pr. Stargard bei
Fr. Kleinitz, Bütow bei J. Jacobsohn
Papierhandlung. (10375)

Rheinisches Apfelkraut,
Pflaumenfreide, Kirsch-
freide, Marmelade von fei-
nen Früchten empfiehlt
A. Fast, Langenmarkt 34.

Für Landwirthe.

Wir empfehlen unser Lager von
Baker-Guano-Superphosphat,
enthaltend 18-20 % lösliche Phosphorsäure,
ammoniakhalt. Superphosphat,
enthaltend 15-16 % lösliche Phosphorsäure,
4-5 % Stickstoff,

Kali-Superphosphat,
enthaltend 14-15 % lösliche Phosphorsäure,
12-14 % Kali,

gedämpftem Knochenmehl,
welches unter specieller Aufsicht des Vereins
Westpreuss. Landwirthe steht, zu billigsten Preisen.

Richd. Dühren & Co.,
(10304) Danzig, Poggenpuhl 79.

Den Empfang der ersten
Sendung von

Frühjahrs-Modellhüten
zeigt ergebenst an **J. W. Schüler.**
(10379)

Stroh Hüte zur Wasche nach
Berlin erbittet
J. W. Schüler.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das Collegium der Aeltesten der
Kaufmannschaft nach der in der Generalversammlung am 27. März c. bewirkten Wahl gegenwärtig
aus den nachbenannten Kaufleuten besteht:

Albrecht, Philipp
Bischoff, Theodor Ludwig Heinrich,
Boehm, Heinrich Michael,
Damme, Richard Theodor,
v. Frantzius, Carl Robert,
Gibson, John,
Goldschmidt, Laser,
Mix, George,
Peschow, Otto Robert Herrmann,
Rosenstein, Samuel Bendix,
Steffens, Otto,
Stoddart, John Sprot,

Stellvertreter sind:
Hirsch, Daniel,
Lojewski, Ludwig Ferd.,
Paleske, Johann Heinrich,
Schirmacher, Theodor,

Bei der am 28. März c. bewirkten Constatuirung des Collegii sind:

Goldschmidt, Laser, zum Vorsteher,
v. Frantzius, C. R., zum 1. Beisitzer,
Bischoff, Th. L. H., zum 2. Beisitzer,
Stoddart, J. S. } zu Börsencommissarien,
Albrecht, Philipp } zu Hafencommissarien,
Gibson, John }
Rosenstein, zum Bachhofcommissarius,
Goldschmidt, Laser }
v. Frantzius, C. R. } zu Curatoren der Handelsakademie,
Stoddart, J. S. }

Albrecht und Damme zu Commissarien für Bleihof und Klapperwiese

ernählt worden.

Danzig, den 28. März 1867.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

(10393)

Goldschmidt.

C. R. v. Frantzius.

Bischoff.

Holz-Auction.

Circa 27000 Fuß 1- und 3-zöll. trockene fichtene Dielen und Bohlen in
Längen von 12 und 45 Fuß, 2000 Fuß 1- und 1 1/2-zöll. gute eichene Dielen,
700 Fuß eichene und lindene Bohlen und 200 fichtene Dienerlatten sollen
für betreffende Rechnung (10380)

Dienstag, den 2. April c., Vormittags 10 Uhr,

auf dem ehemals Storka'schen Holzfelde, vor dem Seegenthore an der rothen
Brücke, durch Auction verkauft werden.

Der Zahlungstermin wird im Termine bekannt gemacht werden. Haupt-
sächlich den Herren Bauunternehmern wird diese Gelegenheit zum vortheil-
haften Einkauf empfohlen.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich vom 1. April c. ab — getrennt
von meinem Belaggeschäft — ein (10390)

Herren-

Garderobe-Geschäft

etablierte.

Das Lager ist in Stoffen für die Frühjahrs-Saison aufs Glänzendste sortirt, und werden
Bestellungen unter Leitung eines von mir in Berlin engagierten Werführers, der den ersten Wert-
stätten vorgeht, in kürzester Zeit billigt zu festen Preisen ausgeführt. Ich bitte das Vertrauen,
welches mir bisher in so reichem Maße zu Theil wurde, auch diesem neuen Unternehmen zuzuwenden
und zeichne

Achtungsvoll ergebenst

Philipp Löwy, 1. Langgasse 11.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich hierelbst

Langgasse No. 3

ein Putz- und Mode-Magazin.

Durch persönlichen Einkauf ist mein Lager in den neuesten Facons von Strohz., Crêpe,
Tüll- und seidnen Hüten, sowie Hauben, Coiffuren und sämtlichen dazu gehörigen Artikeln aufs
Reichhaltigste assortirt, und werde mein Bestreben dahin richten, mir das Vertrauen der mich
Besuchenden zu erhalten. (10259)

S. Abramowsky.

North British and Mercantile.

Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

in Edinburg und London

(gegründet 1809)

mit Domicil

BERLIN.

Grund-Kapital 13 Millionen Thaler.

Reserve-Fond, Ende 1865, 16 Millionen Thaler.

Die Gesellschaft schließt Feuerversicherungen jeder Art zu festen und billigen Prä-
mien. — Für Landwirthschaft und Fabriken besonders lokale Bedingungen. — Sicherstellung
der Hypotheken-Gläubiger. — Bei mehrjähriger Versicherung unter Vorauszahlung be-
deutender Rabatt. —

Ferner Versicherungen auf Lebens- und Todesfall, Kinder-Versicherung, Leib-
renten zu festen Sätzen. — Regulirung des Gewinnanteils geschieht nach für den Ver-
sicherten vortheilhaftesten Grundsätzen.

Zur Ertheilung jeder wünschenswerthen Auskunft, sowie zur Vermittelung von Versiche-
rungs-Anträgen empfehlen sich die unterzeichneten Vertreter der Gesellschaft, sowie der zur sofortigen
Ausfertigung der Policen ermächtigte

General-Agent

Otto Fr. Wendt,

Comtoir: Brodbänkengasse No. 25.

In Marienburg Kaufmann Jul. Schwager.
Nehlschlag Maurermeister Franz Czonga.
Neufahrwasser Kaufmann G. A. B. Seliger.
Neustadt Kreis- Gerichts-Kassen-Rendant J.
Brödel.

Neuenburg Rentier C. Deple.
Braust Kaufmann J. H. Volbt.
Belpin Kaufmann C. F. Schumann.
Rahmel b. Rag Gutsbesitzer Hannemann.
Neben Postexpediteur Kriewer.
Scharfent Rentier W. Mangel s.dorf.
Schöned Lehrer Beyer.
Stendish b. Berent Lehrer Proch.
Gr. Stoboy Rentier C. Schwaan.
Pr. Stargard G. Voltenhagen.
Schöna b. Gr. Zinder Lehrer Schlawjinski.
Stuhmsdorf b. Stuhm Lehrer Siebers.
Schlitt b. Gattstadt Mühlenbesitzer J. Herr-
mann.

Thorn Kaufmann A. Gutekunst.
Tiegenhof Gerbereibesitzer A. Wiebe jr.
Wormditt Apotheker Schrader.
Zempelburg Kaufmann S. Cohn.
Zoppot Gutsbesitzer J. Rumm.

(10346)

Auction

über 13 Fässer bosnische Pflau-
men Freitag, den 29. März d. J.,
Nachmittags 3 Uhr, im Speicher
Schäferrei 19. (10361)

Rottenburg. Mellien.

Frisch gebrannter Kalk (10266)

ist aus meiner Kalkbrennerei in
Legan und Langgarten 107 stets
zu haben. **C. H. Domanski Ww.**

Fetten Räucherlachs

in großen Fischen.

Frische Lachse

verschiedener Größe.

Astrachaner Perl-Caviar,

vorzügliche Qualität.

Russische Sardinen, Kräuter-Anchovis etc.
und andere frische Fische, welche die Saison
gerade darbietet, verendet

C. A. Mauss. (10391)

4-5 Schock hochstämmige Kastanien und
einige Schock edle Obst-
bäume von den feinsten Sorten stehen zum Ver-
kauf auf Dominium Su blau. (10389)

Fünf Pulse, 1 Labentisch, 1 Pulstuhl,
2 neue Fensterladen, 1
Geldkasten mit Kunstschloß, 1 Copirpresse und
eine Partie leere Fastagen sind zu verl. Näheres
Heiligegeistgasse 85, im Comtoir. (10395)

Jede Art v. Geldgeschäften
wird schnelligst besorgt durch (10388)

P. Pianowski, Poggenpuhl 22.

Meine persönlich eingekauften
Mehwaaren sind bereits eingetrof-
fen. Die Lager bieten eine große
Auswahl feiner u. ordinärer Stoffe
aller Art. Preise sehr billig und
ganz fest. **Otto Reßlaff,**
(10394) Fischmarkt 16.

Große geräuch. Maränen,
täglich frisch, versendet billigt unter Nachnahme
Brunzen's Seefisch-Handlung.
(10396) Fischmarkt 38.

Eine antike schöne geschweifte polirte
Eisenschreibkommode steht Jo-
hannesgasse 40 zum Verkauf. (10386)

Landwirthschaftliche Lehranstalt

Plagwitz-Leipzig.

Inscription für das Sommersemester
29. April. Anfang der Vorlesungen 6.
Mai. — Programme franco durch
die Direktion.

(Für Herren aus Preußen freiwilliger
Militärdienst in Leipzig möglich.)

Ein junger Mann, der der dop-
pelten Buch-
führung kundig ist, wird zu engagiren gesucht.
Adressen unter 10359 in der Exped. d. Btg.
abzugeben.

Ein Elementarlehrer

wird für das Sommerhalbjahr bei drei Knaben
gesucht. Gef. Adr. an die Exped. d. Btg. un-
ter No. 10375.

Eine Dame in gehesten Jahren, Erzieherin u.
sehr musikalisch, sucht ein Unterkommen bei
einer Familie auf dem Lande, ohne Gehalt, ge-
gen freie Station und wünscht kleine Kinder zu
unterrichten und der Hausfrau in der Wirthschaft
behilflich zu sein. Näheres in der Expedition
dieser Zeitung. (9913)

Ein mit guten Zeugnissen versehener Brenner,
welcher größere Brennereien geführt, wünscht
ein anderweitiges Engagement. Adresse erbittet
unter Nr. 10252 in der Expedition.

Ein freundlich möblirtes Zimmer ist zu ver-
mieten gr. Wollwebergasse No. 20. (10383)

Ein renommirtes Restaurations-Local inner-
halb der Thore, mit großem Garten und
Regelbahn, worin seit einer Reihe von Jahren
die Restauration mit bestem Erfolge betrieben
wird, ist unter annehmbaren Bedingungen so-
gleich zu verpachten.

Zur Uebernahme wären 2500 Thlr. erfor-
derlich. Adressen unter 10381 werden in der
Exped. d. Btg. entgegen genommen.

Langenmarkt 7 ist eine Comptoir-
Einrichtung zu verl.

Verein junger Kaufleute.

Außerordentliche General-Ver-
sammlung Sonnabend, den 30. d.
Abends 7 Uhr.

Antrag auf Auflösung des Vereins. (10376)
Der Vorstand.

Danziger Stadttheater.

Freitag, 29. März. (Ab. susp.) Zweite Gast-
darstellung des t. t. russ. Hoftheaters Herrn
A. Röckert. Stille Wasser sind tief. Lust-
spiel in 4 Aufzügen, nach Beaumont, von
Schöder.

A. I. Kann abgeholt werden. (10348)

Druck und Verlag von A. W. Rasemann in Danzig
Hierzu eine Beilage.

Danziger Zeitung

Expedition der Danziger Zeitung,
Ketterbagergasse Nr. 4.

[Eingefandt.] Wie wir aus glaubwürdiger Quelle so hören, gastirt hier anfangs der nächsten Woche einer der renommirten Lendre der jetzigen Zeit, Herr Colomann Schmidt, Stadttheater in Hamburg. Derselbe wird als Cleazar sein Schauspiel eröffnen und als Raoul, Masaniello und Herzog in Rigol fortsetzen. Dank der Direction, daß sie uns einmal seit geraumer Zeit die heroische Oper: „Die Stumme von Portici“ vorführen und in welcher Herr Colomann Schmidt wirklich Ausgezeichnetes leisten soll. Wir sehen daher dem Auftreten des Hrn. Colomann Schmidt so freudiger entgegen, als demselben in Wien, Berlin, Dresden, Weichen, Hannover die außergewöhnlichsten Erfolge zu Theil geworden sind, und er heute der Liebling des Hamburger Publicums geworden. Wir wünschen, daß auch sein hiesiges Gastspiel von den besten Erfolgen begleitet sein möge.

Berliner Fonds-Börse vom 27. März.				Preussische Fonds.				Kur- u. R.-Rentenbr.				Wechsel-Cours vom 26. März.			
Eisenbahn-Actien.				Ausländische Fonds.				Gold- und Papiergeld.							
F. 1865.				Desterr. Metall.				Fr. B. M. R. 99 1/2				Nap. 5 1/2			
Aachen-Düsseldorf	47 3/4	3 1/2	—	do. Nat.-Anl.	5	54 1/2	—	ohne R. 99 1/2				Goldfr. 99 1/2			
Aachen-Maastricht	7 1/2	4	98	do. 1854r Loose	4	60	—	Doll. 81 1/2				Gold 2 464			
Amsterdam-Rotterdam	9	4	147	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—	Schw. 10 1/2							
Bergisch-Märk. A.	13	4	218 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Berlin-Anhalt	9 1/2	4	156	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Berlin-Hamburg	16	4	207 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Berlin-Potsdam-Magdeburg	8	4	139	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Berlin-Stettin	8	4	139	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Böhm. Westbahn	—	6	60 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Bresl. Schw.-Kreuzb.	9	4	137 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Brieg-Neiße	5 1/2	4	99 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Cöln-Minden	17 1/2	4	142 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Cöln-Overbahn (Willeh.)	2 1/2	4	56 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
do. Stamm-Pr.	—	4 1/2	—	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
do. do.	—	5	—	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Ludwigsh. Verbach	10	4	148	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Magdeburg-Galvestadt	15	4	194	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Magdeburg-Leipzig	20	4	250 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Mainz-Ludwigshafen	8	4	128 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Mecklenburger	3	4	78 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Niedersch. Märk.	—	4	90 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Niedersch. Zweigbahn	3 1/2	4	93 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
F. 1866.				do. 1864r Loose											
Nordb. Friedr.-Wilhm.	4	4	90-91-90 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Oberchl. Litt. A. u. C.	11 1/2	3 1/2	188	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Litt. B.	11 1/2	3 1/2	159 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Desterr.-Kz.-Staatsb.	5	5	109 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Doppel-Laternenw.	3 1/2	5	74	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Rheinische	7	4	118 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
do. St.-Prior.	7	4	—	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Rhein-Nahelbahn	0	4	33	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Russ. Eisenbahn	—	5	77 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	94 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Südösterr. Bahnen	7 1/2	5	109 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Thüringer	8 1/2	4	133 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Bank- und Industrie-Papiere.				do. 1864r Loose											
F. 1866.				do. 1864r Loose											
Preuss. Bank-Antheile	13 1/2	4 1/2	153	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Berlin. Rassen-Berein	12	4	157	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Pom. R. Privatbank	—	4	93	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Danzig	8	4	111 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Königsberg	7 1/2	4	111	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Posen	7 1/2	4	102	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Magdeburg	5	4	94	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Disc.-Comm.-Antheil	8	4	102 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Berliner Handels-Gesell.	8	4	108	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								
Desterr. Credit-	—	5	72 1/2	do. 1864r Loose	4	62 1/2	—								

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Stadt- u. Kreisgericht zu Danzig, den 3. November 1866.

Die den Erben des Friedrich Jacob Ludwig Schmidt gehörigen Grundstücke Al. Walddorf No. 4 und Or. Walddorf No. 6 des Hypothekenbuchs, zusammen abgetheilt auf 15,592 *q*. 26 *gr*. 8 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 23. Mai 1867,

Vormittags 11 1/2 Uhr, Behufs Auseinandersetzung der Miterben an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekannten Realpräcedenten werden aufgeboten, sich bei Vermeldung der Präclufion spätestens in diesem Termine zu melden. (4849)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht zu Danzig, den 27. Februar 1867.

Das der Frau Willy Adelheid Wondel-Fow, geb. v. Diezelski, gehörige Grundstück hierseits, Hundewasse No. 5 des Hypothekenbuchs, abgetheilt auf 5525 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 12. September d. J.,

Vormittags 11 1/2 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (9584)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht zu Danzig, den 11. Februar 1867.

Das dem Zimmermann Heinrich August und Julianne Jeannette geb. Lepp-Petersen gehörige Grundstück Kneipab 14 des Hypothekenbuchs, No. 23 der Servis-Anlage, abgetheilt auf 2888 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 31. Mai d. M.,

Vorm. 11 1/2 Uhr, (8892) an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Schwet, den 9. März 1867.

Das den Gebrüdern Bosche gehörige Grundstück Gracno No. 16, gerichtlich abgetheilt auf 13,843 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 10. October c.,

Vormittags von 11 Uhr ab, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekannten Realpräcedenten werden aufgeboten, sich bei Vermeldung der Präclufion spätestens in diesem Termine zu melden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (9905)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Marienburg, den 2. Februar 1867.

Die dem Justiz-Rath a. D. Albert Brachvogel gehörigen Grundstücke Caldowe No. 2 A, No. 45, No. 42, No. 48 und Vogelgang No. 4 A, bestehend aus ca. 1 Hufe 14 Morgen culm., verschiedenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, so wie einem röhrenförmigen Ziegelfeuer von 110 Fuß Durchmesser nebst Dampfmaschine, abgetheilt auf 57,045 *q*. 20 *gr*. 10 *a*, sollen mit lebendem und todtm Inventar am 11. September 1867,

Mittags 12 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Tage und Hypothekenschein sind im Bureau 3 einzusehen. Der Justizrath a. D. Albert Brachvogel und der Kaufmann Hdo Brachvogel, deren Aufenthalt unbekannt ist, werden hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (9054)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Conitz, den 12. November 1866.

Das den Joseph Gark'schen Eheleuten gehörige Grundstück, Frankenhagen No. 6 des Hypothekenbuchs, abgetheilt auf 9705 *q*. 16 *gr*. 6 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 3. Juni 1867, Vormittags, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden, indem der Termin am 14. d. Mts., aufgehoben ist.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (5657)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Culm, den 12. Januar 1867.

Das den Michael und Charlotte (geb. Huber) Müller'schen Eheleuten zugehörige, früher den Theodor Schulz'schen Eheleuten gehörige, in Königl. Waldau unter No. 1 gelegene Grundstück, abgetheilt nach landwirtschaftlichen Principien und Werthlagen auf 6993 *q*. 10 *gr*. 11 *a*, nach der Beschreibungstage dagegen auf 10,000 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 4. September 1867,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle vor dem Hrn. Kreisrichter Fülleborn rejudicirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (7938)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Graudenz, den 11. December 1866.

Das zu Graudenz unter No. 233 belegene, der Frau Miina Lenz, geb. Hoch, gehörige Grundstück nebst Perimengen, genannt „Bekas Hotel“, in welchem eine Gastwirtschaft betrieben wird, abgetheilt auf 9157 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 11. Juli 1867, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle, Zimmer 23, subhastirt werden. (6880)

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.

Die Grundstücke Elbing 1. 602 a, abgetheilt auf 440 *q*. und Elbing 1. 201, abgetheilt auf 31,889 *q*. 5 *gr*. 12 *a*, beide zur Concursmasse des Fabrikanten Johann Gottlieb Schmke gehörig, sollen im Termine, den 19. Juni 1867, von Vormittags 11 Uhr ab, an ordentlicher Gerichtsstelle vor dem Hrn. Kreis-Gerichts-Rath Berendt, im Verhandlungszimmer No. 10 meistbietend verkauft werden. Mit dem Grundstück Elbing 1. 201 wird die Forderung auf festgestellte Brandentschädigungsgelder, im Betrage von 6336 *q*. 23 *gr*. 12 *a*, an die Elbinger Feuer-Societät unter der Bedingung des Aufbaues der abgetrauten Gebäude zur Liquidation gestellt. Die Lagen und die neuesten Hypothekenscheine sind im Bureau III. einzusehen.

Zu dem Termine werden die Gläubiger Frau Commerzienrath Mathilde Baum, geb. Schwarz, Fräulein Caroline Mathilde Baum, Fräulein Mathilde Florentine Baum und Fräulein Catharina Elisabeth Baum öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gericht zu melden. (5590)

Nothwendiger Verkauf.

Elbing, den 18. November 1866.

Kgl. Kreis-Gericht. 1. Abtheilung.

Das Sarg-Magazin, 4. Damm No. 13, empfiehlt seinen Vorrath von eisernen, eisernen und sichtenen Särgen in allen Größen zu ganz soliden Preisen. A. Gohrband. (10326) Einige Herren können noch an einem Mittags-tische theilnehmen. Vor. an die Exped. d. Stg. unter Nr. 10372.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht zu Danzig, den 22. October 1866.

Das den Hornbrechlermeister Johann Carl und Auguste Emilie geb. Lip-Wittkowski'schen Eheleuten gehörige Grundstück hierseits, Jopengasse No. 3 des Hypothekenbuchs, abgetheilt auf 7981 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 2. Mai 1867,

Vormittags 11 1/2 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (4480)

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Neustadt in Westpreußen, den 2. October 1866.

Das dem Gutsbesitzer Robert Setke gehörige Grundstück Grünheff No. 11, abgetheilt auf 14,558 *q*. 20 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage, soll am 6. Mai 1867,

Vormittags 11 1/2 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, Mathilde Thymian und Wirtschaftsführer Leopold Setke werden hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden. (3986)

Nothwendiger Verkauf.

Das hierseits belegene, dem Zimmermeister Gustav Thomer zugehörige und sub No. 455 des Hypothekenbuchs verzeichnete Wohnhaus nebst Zimmerplatz, Garten und Zubehör, gerichtlich abgetheilt auf 5076 *q*. 12 *gr*. 11 *a*, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserm IV. Geschäfts-bureau einzusehenden Lage, soll am 19. Juli 1867,

Vormittags 11 1/2 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei uns zu melden. Lauburg in Pommern, den 25. December 1866. (7453)

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Gingefand! Die Berliner Zeitungen bringen seit einigen Wochen größere Artikel über latenterbaltliche Affectionen, den Husten und seine Arten etc., aus welchen zu ersehen ist, daß der Erfinder des rühmlichst bekannten Riqueur „Daubig“ (N. J. Daubig in Berlin, Charlottenstraße 19) ein Gelee fabricirt, welches er N. J. Daubig'sches Brust-Gelee nennt und welches als ein probewürdiges Hausmittel zur Vorbeugung und Ueberwindung aller, den Respirations-Organismus belästigenden Beschwerden, namentlich:

Lungen-, Magen